

Buchhalterinnen sollen aufräumen



© Dirk Zengel

Zwei neue Halbtagskräfte sind ab Herbst für die Buchhaltung in der Gemeinde Brensbach verantwortlich. Warum das für die Kommune wichtig ist.

Brensbach. Eine der wichtigen Entscheidungen in der Brensbacher Gemeindevertretersitzung am Mittwoch war für Bürgermeister Rainer Müller (SPD) die einhellige Zustimmung zur Stellenplanerweiterung in der Buchhaltung von 39 auf 50 Wochenstunden. Die Gemeinde kann somit noch im Herbst zwei qualifizierte Teilzeitkräfte einstellen, die in jeweils 25 Wochenstunden die Bilanzierung übernehmen. „Ich freue mich über die Zustimmung der Gemeindevertretung. Wir haben schon seit dem Jahr 2022 eine neue Bilanzbuchhalterin gesucht“, sagt der Bürgermeister erleichtert. Auf die ursprünglich ausgeschriebene Position mit einer 39-Stundenwoche habe die Gemeinde keine einzige passende Bewerbung erhalten.

Die Anforderungen sind aufgrund von immer höheren Auflagen viel komplexer geworden, sodass eine Kraft für drei Kommunen bei Weitem nicht mehr ausgereicht hat.

Anforderungen sind viel komplexer geworden

Auch vor dem Jahr 2022 sei die Lage schon angespannt gewesen. Die Buchhalterin hatte damals in bewährter interkommunaler Zusammenarbeit neben der Brensbacher Buchhaltung auch die der Gemeinden Brombachtal und Fränkisch-Crumbach erstellt. „Die Anforderungen sind jedoch aufgrund von immer höheren Auflagen viel komplexer geworden, sodass eine Kraft für drei Kommunen bei Weitem nicht mehr ausgereicht hat“, erläutert Müller. Aufgrund dieses Personalmangels sei es auch zu verzögerten Jahresabschlüssen und Haushaltsgenehmigungen gekommen.

Mit dem neuen Personal will die Gemeinde endlich die Auflagen des Revisionsamtes erfüllen. „Die neuen Buchhalterinnen werden daher voll ausgelastet sein“, prophezeit der Brensbacher Bürgermeister. Das Revisionsamt hat für die Jahre 2019 und 2020 nur ein eingeschränktes Testat für die beiden Jahresabschlüsse erteilt.

Revisionsamt forderte bessere Verwaltungsstrukturen

Aufgrund mehrerer Unzulänglichkeiten in der Rechnungslegung forderte es „bessere Verwaltungsstrukturen zur Schaffung einer Grundlage, auf der diese Arbeiten ordnungsgemäß und in Übereinstimmung mit den rechtlichen Grundlagen durchgeführt werden können“. So seien Rückstellungen ohne Kontrollberechnungen gebildet und Forderungen nicht erfasst worden. Wertberichtigungen seien nicht durchgeführt, sondern der Vorjahreswert ungeprüft übernommen worden. „Wir hatten einfach kein Personal, das diese Arbeiten erledigen konnte“, bedauert Müller.